

# Werbung für den Notdienst – und die 116117

*Die Weiterentwicklung der ambulanten Notfallversorgung nimmt konkrete Formen an. Die KVen in Nordrhein-Westfalen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) ergreifen auf Bundesebene und regional die Initiative bei der Verzahnung der Notfallversorgung in und mit den Krankenhäusern – NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann erwartet bis 2022 gemeinsame Strukturen.*

von Heiko Schmitz

Die KVen sind in der Lage und gut aufgestellt, um gemeinsam mit den Krankenhäusern mehr Verantwortung zu übernehmen. Ziel ist eine engere Verzahnung der Notfallversorgung in den Krankenhäusern mit dem Bereitschaftsdienst der niedergelassenen Ärzte. Doch die Rahmenbedingungen müssen stimmen.“ So lautete die gemeinsame Botschaft von Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der KBV, Dr. Frank Bergmann, Vorstandsvorsitzender der KV Nordrhein, und Dr. Gerhard Nordmann, 2. Vorstandsvorsitzender der KV Westfalen-Lippe, bei ihrer Pressekonferenz in der Arztrufzentrale NRW kürzlich in Duisburg. Dort gingen 2017 rund 800.000 Anrufe von Menschen ein, die in Nordrhein-Westfalen die Bereitschaftsdienstnummer 116117 wählten – bundesweit wählten im vergangenen Jahr mehr als sieben Millionen Anrufer diese Nummer.

## Kampagne über drei Jahre

„Diese Zahl zeigt, dass die Nummer keinesfalls unbekannt ist. Aber sie muss noch bekannter werden“, erklärte KBV-Chef Gassen. „Wie schaffen wir es, dass die Patienten den für sie richtigen Ansprechpartner finden und nicht einfach ins nächstgelegene Krankenhaus gehen? Ein wichtiger Schritt dahin ist, den Bürgern die richtigen Informationen an die Hand zu geben. Dazu gehört auch das Wissen um die bundesweite Bereitschaftsdienstnummer 116117.“ Mit einer großen Kampagne soll ab Herbst dieses Jahres drei Jahre lang für die Nummer geworben werden. Schon im vergangenen

Jahr hatten sich die KVen am „Tag des Bereitschaftsdienstes“ im Oktober mit einer konzertierten Aktion für die Hotline stark gemacht – in Nordrhein auch mit Radiospots. „Der Effekt war spürbar. Klar ist aber auch: Wenn wir die Bekanntheit der Nummer und damit die Nachfrage steigern, müssen die Strukturen entsprechend leistungsfähig sein – nicht nur in der Arztrufzentrale“, so KVNO-Chef Bergmann.

Die KV Nordrhein setzt sich seit Längerem für sektorenübergreifende Strukturen bei der Notfallversorgung ein. „Wir haben dabei schon einiges erreicht. 90 Prozent unserer 75 Notfalldienstpraxen befinden sich an oder in Krankenhäusern. Nicht mobile Patienten versorgen wir über ärztliche Fahrdienste, die über die Bereitschaftsdienstnummer 116117 koordiniert werden“, sagte Bergmann. Die vom Gesetzgeber gewünschten Portalpraxen könnten eine Lösung darstellen. „Allerdings fehlt bisher eine genaue Definition mit verbindlichen Standards für deren Organisation, Aufbau und Finanzierung. Grundsätzlich sprechen wir uns aber für eine sektorenübergreifende Notfallversorgung in Zusammenarbeit mit den hiesigen Kliniken aus – also für gemeinsame, zentral gelegene Anlaufstellen, in denen die Versorgung der Patienten nach einer einheitlichen Triagierung organisiert

wird und sich allein am medizinischen (Be)Handlungsbedarf orientiert. Über eine künftig noch engere Zusammenarbeit haben wir mit der Krankenhausgesellschaft in NRW auch schon Gespräche geführt.“

Die künftige Zahl und Standorte integrierter Notdienstpraxen sind offen. „Wir werden sicher nicht an allen rund 170 nordrheinischen Krankenhausstandorten eine Portalpraxis einrichten können – das wäre weder notwendig noch bezahlbar und würde die Kapazitäten der Niedergelassenen sprengen.“ In NRW soll getestet werden, wie eine Zusammenlegung der 112 und 116117 aussehen kann, um anrufende Patienten in die richtige Versorgungsstruktur zu leiten.

## Finanzierung offen

Reformbedarf sehen alle drei Vorstände nicht nur bei der Struktur, sondern auch bei der Finanzierung der Notfallversorgung. „Die Leistungen in der Notfallversorgung – und zwar sowohl für die Kliniken als auch für die Niedergelassenen – werden aus dem budgetierten Honorar finanziert“, sagte Nordmann. „Die Folge ist, dass die Notfallversorgung immer mehr die Regelversorgung verdrängt. Und das darf nicht sein“, stellte Bergmann klar, der darauf verwies, dass in anderen Bundesländern Mittel für die von der Politik gewünschte Neuausrichtung bereitstünden. „Es kann nicht sein, dass das ausgerechnet im bevölkerungsreichsten Bundesland anders sein soll.“ **RA**

**Dr. Heiko Schmitz** ist Leiter des Bereichs Presse und Medien der KV Nordrhein.



Eine Mitarbeiterin der Arztrufzentrale NRW in Duisburg im Gespräch mit einem Anrufer.